

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 10.03.2011

Tagungsort: Freizeitzentrum Baumheide
Rabenhof 76
33609 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher Bezirksbürgermeister -RM-

CDU

Herr Dr. Guido Elsner (Vors.)
Frau Elke Grünwald -RM-
Herr Jens Hüsemann
Frau Heidemarie Pilchner
Herr Andreas Rüter stellv. Bezirksbürgermeister -RM-

SPD

Herr Reiner Blum
Herr Bernd Diekmann
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger -RM-
Herr Kurt Stuke
Herr Gerhard Wäschebach (Vors.)

Grüne

Frau Marianne Kreye (Vors.)

FDP

Herr Ulrich Kossiek

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Frau Anja Bartsch	CDU-Fraktion
Herr Jörg-Rüdiger Schütz	CDU-Fraktion
Herr Tobias Borchers	Grüne-Fraktion

Verwaltung

Herr Scheele	Umweltamt	(zu TOP 6)
Herr Sigge	Umweltamt	(zu TOP 6)
Herr Martin	Amt für Verkehr	(zu TOP 5.3, 7 und 8)
Frau Hoffjann	Umweltbetrieb	(zu TOP 11)
Herr Daube	Bezirksamt Heepen	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	Schriftführer

Externe

Herr Sölter	Stadtwerke Bielefeld GmbH	(zu TOP 6)
Herr Uekmann	Stadtwerke Bielefeld GmbH	(zu TOP 6)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) und stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter nehmen Bezug auf die Beratung der Bezirksvertretung zum Projekt "Bürgerradweg Bielefeld-Heepen - Leopoldshöhe-Schuckenbaum" (vgl. u. a. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 3.3), den Orts-termin am 04.03.2011 und die aktuelle Presseberichterstattung. Zwingende Voraussetzung für alle weiteren Schritte in Hinblick auf die Realisierung des Vorhabens (Inanspruchnahme von Fördermitteln, Einwerben von Spenden, Ansprache möglicher Sponsoren etc.) sei die kurzfristige Erstellung der konkreten Planung. U. a. aufgrund des Baufortschritts auf Leopoldshöher Gemeindegebiet bestehe entsprechende Dringlichkeit. Die Fraktionen und Parteien sehen daher die Notwendigkeit eines entsprechenden Dringlichkeitsbeschlusses. Sie beantragen die Tagesordnung dahingehend zu erweitern.

Die Bezirksvertretung stimmt zu und vereinbart die Beratung der Angelegenheit unter dem neuen TOP 5.7.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte erweiterte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

Frau Raschke (Anliegerin der Straße Hagenkamp im Stadtteil Baumheide) und weitere im Bereich der Straße Hagenkamp lebende Einwohnerinnen und Einwohner nehmen Bezug auf die unter TOP 6 vorgesehene Beratung zur Sanierung der 110 KV-Freileitung Umspannwerk Bielefeld-Ost bis Umspannwerk Bielefeld-Nord durch die Stadtwerke Bielefeld GmbH und die ihres Erachtens von der Freileitung ausgehenden Belastungen und gesundheitlichen Gefahren für die im Bereich der Freileitung lebenden Menschen. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Presseberichterstattung. Frau Raschke kritisiert, dass die von den im Bereich Hagenkamp lebenden Einwohnerinnen und Einwohner bereits vor einem Jahr gegenüber verschiedenen Fachdienststellen schriftlich vorgetragene Bedenken weder von der Verwaltung noch von den Mitgliedern des Gremiums aufgegriffen wurden. Im Anschluss stellen Frau Raschke und weitere im Bereich Hagenkamp lebende Einwohnerinnen und Einwohner folgende Fragen (*Hinweis: Fragenkatalog mit Beiblatt wurde allen Bezirksvertretungsmitgliedern zu Beginn der Einwohnerfragestunde überreicht*):

Warum wurde trotz Anfrage an das Bezirksamt und auch an Mitglieder der Bezirksvertretung im April 2010 das Thema der Hochspannungserneuerung erst nach fast einem Jahr auf die Tagesordnung der Bezirksvertretung genommen?

Welche Möglichkeiten der Einflussnahme gegenüber den Stadtwerken gibt es für Politik und Verwaltung, hier für die betroffenen Bürger tätig zu werden?

Es wird immer nur von einer Sanierung gesprochen. Aus unserer Sicht, und wir sind ja nun jeden Tag vor Ort, haben wir es hier mit einem Neubau zu tun. Sogar die Fundamente werden komplett erneuert, um alles von Grund auf neu zu errichten. Dafür ist ein entsprechendes Genehmigungsverfahren notwendig. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Dezernat der Detmolder Bezirksregierung ist dort nichts bekannt. Wir gehen hier davon aus, dass es sich um ein nicht genehmigtes Bauvorhaben handelt. Was werden Sie dagegen unternehmen?

In den USA oder auch bei unseren Nachbarn in Schweden, Dänemark, Schweiz und den Niederlanden sind die Grenzwerte für die Strahlenbelastung und die Abstände zu Freileitungen wesentlich niedriger. Sind die Menschen dort empfindlicher als wir oder nimmt der Staat seine Verantwortung gegenüber dem Bürger einfach genauer?

Die Grenzwerte der BImSch aus Anfang der 90er Jahre auf deren Einhaltung sich die Stadtwerke Bielefeld beruft, um diesen Neubau zu rechtfertigen, sind fernab von jeglicher Realität im Hinblick auf das Gesamtrisiko für die Menschen. Bitte schauen Sie sich einmal die Grenzwertvorgaben im schriftlich überreichten Beiblatt an. Wie beurteilen Sie die gesundheitlichen Risiken, wenn man die von den Stadtwerken selbst gemessenen Werte von 400 bis 500 nt daneben schreibt?

Das Haus von Schwalbe und Witte am Hagenkamp 121/119 ist keine 20 m vom Hochspannungsmasten entfernt, das Haus Teschner Am Wellbach 39 ungefähr 10 bis 11 m. Abgesehen von dem Einfluss der elektromagnetischen Felder, haben Sie eine ungefähre Vorstellung von den Ausmaßen eines möglichen Unfalls durch Mastbruch? Glauben Sie, dass hier die gefährdungsrelevanten Sicherheitsabstände eingehalten werden?

Wir haben in der Zwischenzeit dafür gesorgt, dass alle Anwohner ihre behandelnden Ärzte über dieses besondere Wohnumfeld informiert haben, damit in Diagnosen auch ein möglicher Zusammenhang erkannt werden kann. Was sagen Sie zu der konkreten Situation, dass eine betroffene Nachbarin mit einem Herzschrittmacher auf ärztliches Anraten hin ihr Grundstück im Bereich der Hochspannungsleitung nicht mehr nutzen soll? Denken Sie nicht auch, dass das ein gravierender Eingriff in das tägliche Leben und die Lebensqualität darstellt?

Nach dem gültigen Bebauungsplan ist unterhalb der Trasse der Hochspannung ein öffentlicher Grünzug mit Wanderweg geplant. Ist es nicht mehr als fahrlässig, die Bevölkerung diesem Gefährdungspotential auszusetzen?

Wie sehen Sie die Situation im Hinblick auf unser Grundgesetz? Wird hier nicht das konkret angesprochene Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit verletzt?

Im Bund und auch in Nachbarbundesländern gibt es bereits Erdkabelgesetze oder befinden sich in Vorbereitung und das ganz sicher aus mehr als nachvollziehbaren Gründen, die von ihren Parteifreunden durchaus eindrucksvoll und überzeugend formuliert werden. Warum sperrt man sich hier so vehement gegen diese Entwicklung? Was halten Sie von der Methode, sich sorgende Anwohner durch Androhung von Schadensersatzansprüchen mundtot machen zu wollen?

Bezirksbürgermeister Sternbacher führt aus, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung großes Verständnis für die von den Bürgerinnen und Bürgern vorgetragene Sorgen und Bedenken haben und vor diesem Hintergrund veranlasst haben, den Sachverhalt in der Bezirksvertretung zu beraten. Leider verfüge die Bezirksvertretung aufgrund der zugrunde zu legenden Rechtsvorschriften im vorliegenden Fall über keine Entscheidungskompetenzen und könne die Einwohnerinnen und Einwohner daher nur in begrenztem Umfang unterstützen. Die öffentliche Diskussion mache deutlich, dass die Notwendigkeit bestehe, die aus seiner Sicht berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger stärker im Verfahren zu berücksichtigen. Die Bezirksvertretung werde ihre Möglichkeiten nutzen, diesen Prozess zu unterstützen.

Herr Daube erläutert auf Rückfrage die aufgrund der zugrunde liegenden Rechtsvorschriften (GO NRW, Hauptsatzung der Stadt Bielefeld, Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bielefeld etc.) bestehenden Zuständigkeiten der Bezirksvertretung, die sich im vorliegenden Fall jedoch auf die Möglichkeit reduzieren, entsprechende Anregungen zu formulieren. Hinsichtlich der von Frau Raschke eingangs vorgetragene Kritik, dass die Verwaltung auf vor einem Jahr vorgetragene Bedenken der Bürgerinnen und Bürger nicht reagiert habe, führt er aus, dass das Bezirksamt eine entsprechende Eingabe beantwortet habe, die Eingabe aufgrund ihrer Formulierung aber nicht als Forderung, die Angelegenheit in der Bezirksvertretung zu beraten, zu erkennen war.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet, die Vertreter der Stadtwerke Bielefeld GmbH und des Umweltamtes unter TOP 6 die vorgetragene Einwohnerfragen im Rahmen ihrer Berichterstattung zu beantworten. Sollte dies nicht möglich sein, bitte er die Stadtwerke Bielefeld GmbH und die Verwaltung um schriftliche Beantwortung der nach der Beratung noch offenen Fragen.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 14. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 10.02.2011

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die Beratung des Antrags des Vertreters der Partei Die Linke zum Streckenverlauf der Buslinie 101 (vgl. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 5.12). Sein Wortbeitrag (vgl. Seite 27 der Niederschrift, letzter Absatz) sei zwar grundsätzlich richtig wiedergegeben, die Formulierung könne jedoch beim zuständigen Nahverkehrsträger zu Missverständnissen führen. Seine Bedenken habe er konkret auf die in der Antragsbegründung erwähnte Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle zwischen den Haltestellen Lämmkenstatt und Am Vogelholz bezogen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 10.02.2011 wird unter Berücksichtigung der Anmerkung von Herrn Dr. Elsner nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1

Entwicklungskonzept Altenhagen

In der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 10.02.2011 wurde im Rahmen der Beratung darum gebeten, die Beratungsunterlagen über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Bauamt hat mitgeteilt, dass alle Materialien im Internet unter dem Link <http://www.bielefeld.de/de/pbw/mup/alt/> eingesehen bzw. heruntergeladen werden können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2

**Bevölkerungsentwicklung im Stadtbezirk Heepen 1973 bis 2010
(Stand: 31.12.2010)**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder eine entsprechende Auswertung des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3 **Sanierung Sportplatz Milse**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information zum Ablauf der Sanierungsmaßnahmen auf dem Sportplatz Milse.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4 **L 712 n (Ostwestfalenstraße): Auslage der Planfeststellungsunterlagen**

Den Mitteilungen beigefügt ist der Bekanntmachungstext zur Auslage der Planfeststellungsunterlagen in der Zeit vom 28.02.2011 - 28.03.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5 **Ausbau der Bushaltestellen „Kiso“ und „Am Recksiek“ (Oldentruper Straße)**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Abdruck der Baubeschreibung und ein Lageplan.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6 **Kreiswettbewerb 2011 „Unser Dorf hat Zukunft“**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Informationsschreiben des Baudezernates vom 04.02.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7 **Betrieb der Bodendeponie Talbrückenstraße**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am 18.01.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 **Optische Aufwertung des Grundstücks Im Röken / Rüggesiek (vgl. BV Heepen - 15.04.2010 - TOP 5.7)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Immobilienservicebetriebes vom 22.02.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 **Einladung zur Vernissage**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Einladung zur Vernissage „Arzu Canpolat - Unterwasserwelt - Malerei & Montage-technik“ am 23.03.2011 um 19:00 Uhr in der Galerie in der Alten Vogtei erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.10 **Neue Bushaltestellen an der Oldentruper Straße**

Herr Daube verweist auf die allen Bezirksvertretungsmitgliedern mit Schreiben vom 07.03.2011 überreichte bzw. übersandte Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 03.03.2011.

Ergänzend informiert er darüber, dass, da sich die angesprochenen neuen Haltestellen in einem verkehrlich exponierten Bereich befinden, die Haltestellen zunächst nur mit provisorischen Haltestellenschildern versehen werden, um - sollten sich die Standorte als nicht geeignet erweisen - hier noch Veränderungen vornehmen zu können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11 **Abbruch des ehemaligen Wohngebäudes Oldentruper Straße 223**

Herr Daube verweist auf die allen Bezirksvertretungsmitgliedern mit Schreiben vom 07.03.2011 überreichte bzw. übersandte Informationsvorlage der Verwaltung (Drucksache 2138/2009-2014) und erläutert die Informationsvorlage im Überblick.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.11 *

-.-.-

3.12 **Erschließung des Wohngebietes Auf dem Busch durch die Buslinie 131**

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Mitteilung des Amtes für Verkehr vom 03.03.2011. Der neue Streckenverlauf betreffe im Wesentlichen den Stadtbezirk Stieghorst, berühre aber auch den Stadtbezirk Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.12 *

-.-.-

3.13 **Wohnquartier Wefelshof**

a) *Eröffnung der Filiale der Bürgerberatung und des Büros des Bezirksdienstes der Polizei*

Herr Daube informiert darüber, dass die offizielle Eröffnung am 23.03.2011, um 11.00 Uhr, erfolge.

b) Absperrung des Quartiersplatzes mit Pollern

Herr Daube teilt mit, dass sich die Parksituation so entwickelt habe, dass die Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen sei, dass das Parken auf dem Quartiersplatz nur durch den Einsatz von entsprechenden Sperrpollern unterbunden werden könne. Die Verwaltung werde daher den Einbau der Poller veranlassen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bittet die Verwaltung darum, dem Erscheinungsbild des Quartiersplatzes angemessene Poller zu verwenden.

Die Bezirksvertretung stimmt zu.

c) „Schrägparken“ in der Erschließungsstraße

Herr Daube informiert darüber, dass der Anregung, im Bereich der Erschließungsstraße die „Schrägaufstellung“ der parkenden Fahrzeuge zuzulassen, nicht gefolgt werden könne. U. a. wären hierzu erhebliche Eingriffe in die Böschung erforderlich.

d) Widmung des Quartiersplatzes

Herr Daube teilt mit, dass die Widmung des Quartiersplatzes als öffentliche Verkehrsfläche erfolgen werde und erläutert die rechtlichen Abhängigkeiten (Verkehrssicherungspflicht, Vergabe etc.), die sich aus der Widmung ergeben.

e) Aufnahme des Marktbetriebes auf dem Quartiersplatz

Herr Daube informiert darüber, dass der Marktbetrieb auf dem Quartiersplatz am 24.03.2011 aufgenommen werde. Dieser Termin sei in Abstimmung mit den Markthändlern festgelegt worden, die bereits den Wunsch geäußert hatten, den Marktbetrieb möglichst kurzfristig wieder an den alten Standort zurückzuverlegen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.13 *

-.-.-

3.14 Unterhaltungsarbeiten im Sieben-Teiche-Grünzug

Herr Daube informiert darüber, dass nach Mitteilung des Umweltamtes im Sieben-Teiche-Grünzug Unterhaltungsarbeiten am dritten Teich erfolgen. Zunächst werde der Teich trockengelegt. Nach Trockenlegung erfolgen Unterhaltungsarbeiten am Ablauf. Der Aushub werde auf der schon vorhandenen Lagerstelle (wie beim ersten und zweiten Teich) abgelegt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.14 *

-.-.-

3.15 Sichtdreieck im Einmündungsbereich Altenhagener Straße / Kynaststraße

Herr Daube verweist auf die in der Vergangenheit geführte Diskussion zur Anlage eines Sichtdreieckes im Einmündungsbereich Altenhagener Straße/Kynaststraße. Nach sorgfältiger Abwägung der öffentlichen Interessen und der Interessen / Rechte der Eigentümer sieht die Verwaltung nicht die Möglichkeit, die Grundstückseigentümer auf der Grundlage der einschlägigen Rechtsvorschriften zur Anlage des Sichtdreieckes zu veranlassen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.15 *

-.-.-

3.16 Deckensanierungsarbeiten in der Mehlstraße

Herr Daube informiert darüber, dass die Deckensanierungsarbeiten in der Mehlstraße in der Zeit vom 14.03.2011 bis 08.04.2011 durchgeführt werden. Die Arbeiten erfordern im Abschnitt zwischen Tümmelerweg und Hebridenstraße die Vollsperrung der Mehlstraße. Die Anwohner und der Betrieb „Milser Mühle“ wurden entsprechend informiert.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.16 *

-.-.-

3.17 Handbuch und Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung Bielefeld 2011

Zu Sitzungsbeginn haben alle Bezirksvertretungsmitglieder das Handbuch und Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung Bielefeld 2011 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 3.17 *

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Zeitplan Potsdamer Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2134/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Welchen Zeitplan hat die Verwaltung für die Erneuerung der Potsdamer Straße und der Theodor-Heuß-Straße, die beide im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung wegen des Ausbaus der Detmolder Straße zurückgestellt wurden?

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die Beratung zur Festlegung der Prioritäten für Tiefbaumaßnahmen 2012 und später für den Stadtbezirk Heepen in der Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* der Bezirksvertretung und die für die Mai-Sitzung der Bezirksvertretung vorgesehene Beratung der diesbezüglich ausgesprochenen Empfehlungen der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe werde der Bezirksvertretung empfohlen, die Erneuerung der Potsdamer Straße an erster Stelle zu priorisieren.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass die angesprochene Baumaßnahme auch die Erneuerung der Theodor-Heuss-Straße umfasse.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 4.1 *

Zu Punkt 4.2 Baumfällarbeiten im Sieben-Teiche-Grünzug im Stadtteil Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2169/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Oberhalb des Spielplatzes "Glückstädter Straße" im Sieben-Teiche-Grünzug wurde der Waldweg auf ca. 4 m erweitert, begradigt und abgetragen. Diese Arbeiten mit Einsatz von LKW und Bagger dauerten mindestens 2 Tage.

Inwiefern lohnt sich dieser Aufwand (Kosten) um ca. 20 mittlere und kleinere Bäume zu fällen und abzutransportieren?

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Umweltbetriebes vom 28.02.2011.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) führt aus, dass im Zuge der Arbeiten der Wanderweg im Siek stark beschädigt wurde. U. a. habe ein umgestürzter Baum einen steilen Abbruch verursacht, der insbesondere die sich häufig in diesem Waldabschnitt aufhaltenden Kinder aus dem benachbarten Kindergarten gefährde. Ihres Erachtens sei die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben. Die Schäden müssen daher schnellstmöglich beseitigt werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung, die Angelegenheit zu prüfen und die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit zu ergreifen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 4.2 *

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Freileitung im Bereich Hagenkamp: Ersatz von Freileitungen in Wohnbereichen durch Erdkabel

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2186/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der Grüne-Fraktion:

Die Vorteile von Erdkabeln im Gegensatz zu Freileitungen sind hinreichend bekannt, die Befürchtungen und Argumente der betroffenen Bürger gut nachvollziehbar.

Sieht die Verwaltung Möglichkeiten, die Stadtwerke dahin gehend zu beeinflussen, dass in der Nähe dichter Wohnbebauung Erdkabel verlegt werden?

Er bittet die Vertreter der Stadtwerke Bielefeld GmbH und des Umweltamtes die Anfrage im Rahmen ihrer Berichterstattung zu TOP 6 (110 KV-Freileitung Umspannwerk Bielefeld Ost - Umspannwerk Nord: Erneuerung der vorhandenen Masten und der Beseilung) zu beantworten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 4.4 "Baumfällaktion" im Sieben-Teiche-Grünzug in Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2188/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Frage:

Was ist das Ziel der „Baumfällaktion“ im Sieben-Teiche-Grünzug in Brake ?

Zusatzfragen:

Inwieweit wurde dabei bedacht, dass einige Bäume „bewohnt“ sind ?

Wie wurde vorgesorgt, dass geschützte Bäume (deren Plakette evtl. nicht mehr vorhanden ist) nicht gefällt werden ?

Herr Daube verweist auf die vor Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Umweltbetriebes vom 04.03.2011.

Herr Schatschneider (Die Linke) zweifelt die Aussage des Umweltbetriebes, dass es im Sieben-Teiche-Grünzug keine weiteren geschützten Bäume - die z. B. als Naturdenkmal festgesetzt wurden - gebe, an. Er vermute vielmehr, dass mögliche Kennzeichnungen nicht mehr vorhanden seien. Er werde dies nochmals recherchieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 4.4 *

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Neue Rechtsprechung zum Thema "Kinderlärm"Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2190/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Ist es juristisch zulässig, dass aufgrund der aktuellen Rechtslage „Kinderlärm ist kein Lärm“ die entfernten Tore des Spielplatzes „Staudenweg“ wieder an ihren alten Platz kommen?

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn verteilte Stellungnahme des Rechtsamtes vom 08.03.2011 und erläutert die Stellungnahme im Überblick.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 4.5 *

Zu Punkt 5 Anträge**Zu Punkt 5.1 Bahnhof Brake: Optimierung der Sicherheit auf dem Bahngelände**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2120/2009-2014 und 2177/2009-2014)

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich mit der Bundesbahn-Verwaltung Kontakt aufzunehmen um gemeinsam das Bahngelände in Brake unter Sicherheitsgesichtspunkten zu optimieren. Damit soll erreicht werden, dass Vorgänge mit Personenschäden (wie z. B. am 13. Februar 2011) minimiert werden. Zudem soll das Notfallmanagement bei der Bahn und der weiteren Anbieter überprüft werden. Die Ergebnisse sollen der Bezirksvertretung kurzfristig vorgelegt werden.

Herr Schatschneider (Die Linke) verweist auf den tödlichen Unfall am 13.02.2011, der seines Erachtens u. a. auf die unzureichende Sicherung der Bahnanlagen zurückzuführen sei und erläutert die örtliche Situation sowie die seines Erachtens bestehenden Sicherheitsmängel. Darüber hinaus übt er Kritik am Notfallmanagement der Deutschen Bahn AG, indem er die von ihm am 13.02.2011 nach dem Unfall beobachteten Abläufe im Überblick darstellt. Seines Erachtens sei es - um künftig derartige Unfälle zu verhindern - dringend erforderlich, das Bahngelände einzuzäunen. Er verweise hier auf die im Bereich der Stadtbahntrassen installierten Zaunanlagen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf den unter TOP 5.6 zu beratenden Antrag der CDU-Fraktion zu den bestehenden Sicherheitsmängeln:

Die Verwaltung wird gebeten, umgehend Gespräche mit der Deutschen Bahn aufzunehmen und diese aufzufordern, den Zaun zwischen Naggertstraße und den Bahngleisen im Bereich des Braker Bahnhofes erneuern zu lassen.

Er regt die gemeinsame Beratung beider Anträge an. Seines Erachtens sei es zunächst erforderlich, die Bahnanlagen unverzüglich einzuzäunen bzw. die beschädigten Zaunabschnitte wieder herzurichten. Dies sei - um künftig entsprechend Unfälle weitestgehend ausschließen zu können - als Sofortmaßnahme zwingend umzusetzen. Darüber hinaus müsse über weitere Sicherungsmaßnahmen nachgedacht werden. Er regt an, die Beschlussvorschläge in diesem Sinne zusammenzufassen.

Herr Schatschneider stimmt zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, umgehend Gespräche mit der Deutschen Bahn aufzunehmen und diese aufzufordern, die Bahnanlagen so zu sichern, dass künftig Unfälle wie am 13.02.2011 weitestgehend ausgeschlossen werden können. Insbesondere ist u. a. der Zaun zwischen Naggertstraße und den Bahngleisen im Bereich des Braker Bahnhofes unverzüglich zu erneuern.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, unverzüglich mit der Bundesbahn Verwaltung Kontakt aufzunehmen und gemeinsam das Bahngelände Brake unter Sicherheitsgesichtspunkten zu optimieren. Zudem soll das Notfallmanagement bei der Bahn und den weiteren Anbietern überprüft werden. Die Ergebnisse sollen der Bezirksvertretung kurzfristig vorgelegt werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 5.1 und TOP 5.6 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Radweg an der Hillegosser StraßeBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2135/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) verweist auf die schriftliche Antragsbegründung.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich den in der Antragsbegründung dargestellten Überlegungen an und stellt fest, dass die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

An der Hillegosser Straße ist zwischen der Kreuzung Hassebrock und der Einmündung Heeperholz ein Schutzstreifen für Radfahrer anzulegen. Die bisherige Regelung (Gehweg „Radfahrer frei“) ist aufzuheben und die Schilder sind zu entfernen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 5.2 *

Zu Punkt 5.3 Umleitungen wegen Ausbau der Engerschen StraßeBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2136/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion und regt unter Bezugnahme auf den Tagesordnungspunkt 7 (Verkehrsführung während der Erneuerung der Kreuzung Engersche Straße / Talbrückenstraße / Westerfeldstraße) aufgrund des Sachzusammenhanges an, unter diesem Tagesordnungspunkt auch über den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zu beraten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stimmt dieser Verfahrensweise zu.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 5.3 *

Zu Punkt 5.4 Planungen zur Ortsumgehung OldentrupBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2137/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die im Rahmen der Beratung einer entsprechenden Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung am 10.02.2011 (vgl. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 4.1) zur Planung der Ortsumgehung Oldentrup abgegebene Stellungnahme der Verwaltung und verweist im Übrigen auf die schriftliche Antragsbegründung.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass es aus Sicht der CDU-Fraktion bereits ein Konzept zur Lösung der Verkehrsproblematik im Stadtteil Oldentrup gebe und verweist auf die Planung zum Bau der B 66n. Leider sei der Bau der B 66n politisch nicht mehrheitsfähig. Im Interesse der Oldentruper Bevölkerung müsse jedoch dringend eine Lösung gefunden werden. Die CDU-Fraktion stimme dem Antrag der SPD-Fraktion vor diesem Hintergrund zu.

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die mögliche Vermarktung weiterer Gewerbeflächen im Stadtteil Oldentrup die Verkehrssituation unter Umständen noch verschlechtern werde. Ihres Erachtens bestehe daher dringender Handlungsbedarf.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird aufgefordert, mit den eigenen Möglichkeiten an der Synopse der möglichen Lösungen für Oldentrup weiterzuarbeiten und innerhalb Jahresfrist den politischen Gremien einen ersten Entwurf vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 5.4 *

-.-.-

Zu Punkt 5.5 **Schutz der Greifvögel in der Johannisbachaue**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2167/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die u. a. in der Sitzung der Bezirksvertretung am 10.02.2011 geführte Diskussion. Aus entsprechenden Studien gehe hervor, dass Greifvögel Stacheldrahtzäune nicht erkennen können. Dies gelte im Übrigen auch für Pferde. Es sei darüber hinaus denkbar, dass scheuende Pferde, die sich am Stacheldraht verletzt haben, auch Spaziergänger im Umfeld gefährden. Die vorgeschlagene Lösung sei ohne größeren finanziellen Aufwand umzusetzen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, den Weidezaun in der Johannisbachaue so zu entschärfen (z. B. durch weißes Weideband), dass durch den Stacheldraht keine Greifvögel gefährdet oder getötet werden. Das gilt insbesondere für den direkt an der Heckrinderweide vorbei führenden Reitweg.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 5.5 *

Zu Punkt 5.6 **Bahnhof Brake: Einzäunung der Bahnanlagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2177/2009-2014

- Siehe TOP 5.1 -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 5.6 *

Zu Punkt 5.7 **"Bürgeradweg" Bielefeld-Heepen - Leopoldshöhe-Schuckenbaum**

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die vor Eintritt in die Tagesordnung abgestimmte Verfahrensweise und die im Rahmen der Begründung der Dringlichkeit von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) und stellvertretendem Bezirksbürgermeister Rüther getroffenen Aussagen.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Durch den Lückenschluss ergeben sich viele Verbesserungen sowohl für Bielefeld als auch für Leopoldshöhe (Schulweg-Verbindung, Verbesserungen für Berufspendler und Freizeitmöglichkeiten etc.). Auf der Leopoldshöher Seite ist der Weg bereits weitgehend fertig gestellt. Für die Bielefelder Seite muss wenigstens die Planung erfolgen, damit zu gegebener Zeit der Weg auch gebaut werden kann.

Die Verwaltung wird vor diesem Hintergrund beauftragt, die planerischen Voraussetzungen für den Bau des Fuß- und Radweges zwischen Evenhauser Straße und Ortsgrenze zu schaffen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 5.7 *

-.-.-

Zu Punkt 6

110 KV-Freileitung Umspannwerk Bielefeld Ost - Umspannwerk Nord: Erneuerung der vorhandenen Masten und der Beseilung

Auf Rückfrage von Bezirksbürgermeister Sternbacher erläutert Herr Daube unter Bezugnahme auf die einschlägigen Rechtsvorschriften (Gemeindeordnung NRW, Hauptsatzung der Stadt Bielefeld, Geschäftsordnung des Rates der Stadt Bielefeld), dass die Bezirksvertretung im Rahmen der Beurteilung des hier beratenden Sachverhaltes keine fachliche Zuständigkeit besitze. Sie könne jedoch - wie im Rahmen jeder anderen Diskussion - Anregungen und Empfehlungen im Hinblick auf die Regelung der Angelegenheit aussprechen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die von den Einwohnerinnen und Einwohnern des Wohnbereiches Hagenkamp in der Einwohnerfragestunde gestellten Fragen. Er stellt fest, dass die Bezirksvertretung - um den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner gerecht werden zu können - den dringenden Wunsch habe, sich umfassend über alle Aspekte des Sachverhaltes zu informieren. Er bittet die Vertreter der Stadtwerke Bielefeld GmbH und des Umweltamtes im Rahmen ihrer Berichterstattung die in der Einwohnerfragestunde von den Anwohnerinnen und Anwohnern des Bereiches Hagenkamp gestellten Fragen - soweit möglich - zu beantworten.

Herr Sölter (Stadtwerke Bielefeld GmbH) erläutert die Sanierungsmaßnahme an Hand entsprechender Planunterlagen und geht dabei auf Art und Umfang der durchzuführenden Arbeiten, die Lage der Leitungstrasse, die zeitlichen Abläufe der Sanierung sowie die besondere Bedeutung dieser Hochspannungsleitung für die Stromversorgung der Stadt Bielefeld ein. Er führt weiter aus, dass die gesamte Leitungstrasse insbesondere auch im Bereich der am Hagenkamp

gelegenen Grundstücke rechtlich über in den Grundbüchern eingetragene Leitungsrechte gesichert sei. Bei den durchzuführenden Arbeiten handele es sich um eine reine Sanierungsmaßnahme, da die gesamte Anlage funktionsgleich wieder hergestellt werde.

Zur Frage der Einhaltung der vorgegebenen Grenzwerte führt er aus, dass alle Werte deutlich unterhalb der in Deutschland geltenden Grenzwerte liegen. Weiterhin nimmt er Bezug auf die im Rahmen der öffentlich geführten Diskussion immer wieder unter dem Hinweis auf die Mastbrüche im Münsterland im letzten Winter angesprochenen Sicherheitsaspekte in Hinblick auf die Standfestigkeit der Masten. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Sanierungsmaßnahme u. a. auch im Kontext zu den bei den Mastbrüchen gewonnenen Erfahrungen zu bewerten sei. Das Unternehmen komme mit der Sanierung insofern auch den Verpflichtungen aus § 49 des Energiewirtschaftsgesetzes nach. Die Anlage werde nach Abschluss der Sanierung den neuesten technischen Anforderung entsprechen. Mit dem Abschluss der Arbeiten sei Ende Mai 2011 zu rechnen.

Herr Uekmann (Stadtwerke Bielefeld GmbH) weist darauf hin, dass die Stadtwerke Bielefeld GmbH sich im Hinblick auf ihren Versorgungsauftrag u. a. als Unternehmen verstehe, dass Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge zu erfüllen habe, aber im Interesse aller Stromkunden auch betriebswirtschaftliche Überlegungen anzustellen habe. Alle Interessen wurden - besonders auch vor dem Hintergrund der von den Einwohnerinnen und Einwohner des Bereiches Hagenkamp vorgetragene Sorgen und Bedenken - sehr sorgfältig abgewogen. Insgesamt führte dies aus Sicht des Unternehmens zu dem Ergebnis, dass die Sanierungsmaßnahme in der vorgestellten Form alle Interessen ausgewogen berücksichtige. Die Maßnahme sei rechtlich durch die bereits angesprochene grundbuchliche Absicherung der Leitungsrechte abgedeckt. Die Bezirksregierung Detmold habe keine Bedenken gegen die Durchführung der Sanierungsarbeiten erhoben. Dennoch lege er Wert auf die Feststellung, dass sich die Stadtwerke Bielefeld GmbH nicht auf eine rein juristische Bewertung stützen, sondern sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden des Unternehmens orientiere. Hierbei seien jedoch die Interessen aller Kunden zu berücksichtigen. Dies gelte auch für die zu erwartenden finanziellen Belastungen, die sich aus Art und Umfang einer Sanierungsmaßnahme ergeben.

Herr Scheele (Umweltamt) nimmt Bezug auf die zum Beratungsgegenstand vorliegende Anfrage der Grünen-Fraktion hinsichtlich der Möglichkeiten der Stadt Bielefeld auf die Entscheidungsprozesse der Stadtwerke Bielefeld GmbH Einfluss zu nehmen. Er stellt fest, dass die Stadt Bielefeld keine Einflussmöglichkeiten habe, so lange die rechtlichen Rahmenbedingungen - insbesondere die Einhaltung der vorgegebenen Grenzwerte - einer entsprechenden Sanierungsmaßnahme berücksichtigt werden. Dies sei aus seiner Sicht gegeben.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) stellt bezogen auf die Anfrage ihrer Fraktion fest, dass die von der Stadtwerke Bielefeld GmbH vertretene Position sie nicht überrasche. Sie vertrete jedoch nachdrücklich die Auffassung, dass in Wohngebieten unabhängig von allen rechtlichen und finanziellen Aspekten nur Erdkabel verlegt werden sollten. Die Grenzwerte, auf die sich das Unternehmen u. a. beziehe, wurden vor vielen Jahren festgelegt. Sie appelliere daher an die Stadtwerke Bielefeld GmbH, unabhängig von der juristischen und finanziellen Bewertung in solchen Gebieten künftig nur noch Erdkabel zu verlegen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich dieser Auffassung grundsätzlich an. Er fragt, bezogen auf die betriebswirtschaftlichen Überlegungen, um wie viel die Verlegung von Erdkabeln die Kosten für die Anlage einer Hochspannungsleitung übersteigen. Weiterhin fragt er, inwieweit die von der Hochspannungsleitung ausgehenden Belastungswerte innerhalb der in anderen europäischen Ländern festgelegten Grenzwerte liegen. Grundsätzlich vertrete er die Auffassung, dass langfristig darüber nachzudenken sei, ob die vor vielen Jahren festgelegten deutschen Grenzwerte noch den heutigen Anforderungen an gesunde Lebensbedingungen entsprechen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) fragt, ob die Stadtwerke Bielefeld GmbH in anderen Bereichen der Stadt Bielefeld Erdkabel verlegt habe und aus welchen Gründen diese Variante im Bereich Hagenkamp offenbar nicht berücksichtigt wurde.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) fragt, ob es möglich sei, die angesprochenen Strahlungswerte durch den Einsatz anderer Materialien zu verringern.

Herr Schatschneider (Die Linke) fragt, ob es sich bei der Maßnahme tatsächlich nur um eine Sanierungsmaßnahme handle. Darüber hinaus verweist er auf einen im Bereich der Hochspannungstrasse gelegenen Spiel- und Bolzplatz am Jungbrunnenweg und fragt, wie hoch die Strahlungswerte in diesem Bereich seien.

Herr Sölter stellt fest, dass die im europäischen Ausland geltenden Grenzwerte im Bereich Hagenkamp unterschritten bzw. eingehalten werden und erläutert diese Aussage durch Nennung der in den Niederlanden bzw. in den skandinavischen Ländern geltenden Grenzwerte. Bezogen auf die unterschiedlichen Kosten stellt er fest, dass die Kosten für eine Hochspannungsleitung ein viertel der Kosten für die Verlegung eines Erdkabels betragen. Das Unternehmen könne diesen erheblichen Kostenunterschied im Interesse der übrigen Stromkunden nicht außer Acht lassen.

Frau Kreye fragt, ob die Wartungskosten für Erdkabel unter den Wartungskosten für eine Hochspannungsleitung liegen.

Herr Sölter erläutert, dass die Wartungskosten für eine Erdkabeltrasse geringfügig unter den Kosten für die Wartung einer Hochspannungsleitungstrasse liegen. Dieser Aspekt sei aber im Rahmen der Kalkulation berücksichtigt worden. Bezogen auf die von Herrn Wäschebach gestellte Frage, stellt er fest, dass in anderen Bereichen der Stadt Bielefeld Erdkabel verlegt wurden. Dies sei jedoch nur in Bereichen mit einfacheren Rahmenbedingungen möglich. Bezogen auf die von Frau Klemme-Linnenbrügger gestellte Frage erläutert er, dass es nur wenige Möglichkeiten gebe, die Strahlenbelastung durch die Verwendung anderer Materialien zu verringern und erläutert im Anschluss die technischen Abhängigkeiten. Bezogen auf die von Herrn Schatschneider gestellte Frage nach der Definition einer Sanierungsmaßnahme führt er aus, dass es sich vor dem Hintergrund der allgemein anerkannten technischen Regeln im vorliegenden Fall eindeutig um eine Sanierungsmaßnahme handle und erläutert die für diese Bewertung zu berücksichtigenden technischen Aspekte. Bezogen auf den von Herrn Schatschneider angesprochenen Standort des Spiel- und Bolzplatzes am Jungbrunnenweg erläutert er, dass hier die gleichen Grenzwerte wie im übrigen Bereich der Trasse gelten.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach führt Herr Sölter aus, dass die Grundlage für die Festlegung des Abstandes zwischen der Leitungstrasse und der Bebauung aufgrund der DIN-Norm EN 5041 zu beurteilen sei. Die hier festgelegten Abstände werden im vorliegenden Fall eingehalten.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) fragt, ob es grundsätzlich möglich sei, im Bereich Hagenkamp Erdkabel zu verlegen. Weiterhin fragt er, unter Hinweis auf die Mastbrüche im Münsterland, ob die neuen Masten stabiler als die früher verwendeten Masten seien. Bezogen auf die von einer Einwohnerin in der Einwohnerfragestunde angesprochene besondere Belastung für Personen, die auf einen Herzschrittmacher angewiesen seien, fragt er, ob dies aus medizinischer Sicht richtig sei. Abschließend stellt er die Frage, ob die Verwendung von Erdkabeln die von Hochspannungsleitungen ausgehenden Immissionen vollständig ausschließe.

Herr Sölter führt aus, dass die Hochspannungsleitungstrasse früher ausschließlich über Ackerlandflächen verlief. Da keine andere Trasse zur Verfügung stehe, müsste auch ein Erdkabel innerhalb der festgesetzten rechtlich gesicherten Trasse verlegt werden, zumal ein anderer Trassenverlauf im angesprochenen Gebiet kaum denkbar sei. Die Statik der verwendeten neuen Masten entspreche den aktuell gültigen DIN-Normen, die u. a. auch die Mastbrüche im Münsterland berücksichtigen. Hinsichtlich der angesprochenen, von Erdkabeln ausgehenden Immissionen weist er darauf hin, dass auch Erdkabel Magnetfelder verursachen und erläutert die technischen Abhängigkeiten im Kontext zu den von einer Freileitung ausgehenden Belastungen.

Frau Klemme-Linnenbrügger weist darauf hin, dass besonders ein Mast der Hochspannungsleitung sehr nah an einem im Bereich Hagenkamp gelegenen Haus stehe und fragt, ob es möglich sei, das Fundament des Mastes zu verlegen, um einen größeren Abstand zum Wohngebäude herzustellen.

Herr Sölter erläutert, dass die Trasse sich auf den festgesetzten Flächen bewegen müsse und geht dabei auf die zu berücksichtigenden rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen (Abstandsflächen, Lage des Schutzstreifens etc.) ein. Bezogen auf die angesprochenen besonderen Belastungen, die sich für Menschen, die auf einen Herzschrittmacher angewiesen sind, ergeben, stellt er fest, dass er keine Aussage zu den medizinischen Abhängigkeiten treffen könne.

Herr Wäschebach regt an, den Rat der Stadt Bielefeld im Rahmen eines Antrages bzw. Appells zu bitten, die Stadtwerke zu veranlassen, im angesprochenen Bereich Erdkabel zu verlegen.

Herr Dr. Elsner stellt fest, dass im Zuge der Sanierung offenbar alle rechtlichen, finanziellen und technischen Bedingungen (Grenzwerte etc.) erfüllt werden. Er unterstütze dennoch den von Frau Kreye formulierten Wunsch, künftig in Wohngebieten nur Erdkabel zu verlegen. Betriebswirtschaftliche Überlegungen sollten nicht immer die einzige Entscheidungsgrundlage bilden. Seines Erachtens sollte bei entsprechenden Entscheidungen immer auch die „allgemeine Besorgungssituation“ der Betroffenen berücksichtigt werden. Unabhängig davon müsse aber auch die notwendige Versorgungssicherheit berücksichtigt werden. Es gehe seines Erachtens darum, diese Aspekte bei künftigen Entscheidungen vernünftig miteinander in Einklang zu bringen. Seines Erachtens sollte es bei einem Appell an die Entscheidungsträger bleiben.

Frau Kreye unterstützt die von Herrn Wäschebach ausgesprochene Anregung, da ihres Erachtens nur so zu gewährleisten sei, dass es nicht bei einer reinen „Protokollanregung“ bleibe.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass die technischen Voraussetzungen besser im Fachausschuss als im Rat der Stadt erörtert werden sollten. Aus seiner Sicht sei es notwendig, eine grundsätzliche Diskussion auf breiter fachlicher Ebene zu führen, da auch noch andere Stadtbezirke betroffen seien.

Frau Kreye fragt, warum sich der Fachausschuss bisher nicht mit der Problematik beschäftigt habe.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüther stellt fest, dass der zuständige Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz seines Erachtens bisher keine Veranlassung hatte, sich mit der Problematik auseinander zu setzen, da offenbar alle rechtlichen und technischen Voraussetzungen erfüllt werden. Dennoch sehe auch er die Notwendigkeit, dass eine entsprechende Diskussion angestoßen werde.

Herr Wäschebach regt vor dem Hintergrund der geführten Diskussion an, die Bitte an die zuständigen Ratsgremien zu richten, den Beschluss zu verfassen, dass künftig in Wohngebieten nur Erdkabel verlegt werden.

Frau Kreye stellt fest, dass sie erwarte, dass entsprechende Entscheidungen nicht allein auf der Grundlage ökonomischer Gründe getroffen werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die intensive Diskussion zusammen und vertritt die Auffassung, dass es aus seiner Sicht sinnvoll sei, eine entsprechende Diskussion anzustoßen, um langfristig den Interessen aller Betroffenen gerecht zu werden.

Im Anschluss bittet er, über den Antrag von Herrn Wäschebach abzustimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung richtet den Appell an die Ratsgremien, die Verlegung von Erdkabeln in Wohnbereichen zu befürworten.

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz wird gebeten, sich des Themas anzunehmen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7**Verkehrsführung während der Erneuerung der Kreuzung Engersche Straße / Talbrückenstraße / Westerfeldstraße**

Herr Martin (Amt für Verkehr) erläutert die Baumaßnahme im Kontext zu den verkehrlichen und finanziellen Abhängigkeiten. Der Knotenpunkt sei baulich in einem so schlechten Zustand, dass er zwingend erneuert werden müsse. Die Baumaßnahme beschränke sich auf die zweite Woche der Sommerferien. Dies sei erfahrungsgemäß die verkehrsärmste Zeit des Jahres. Eine Vollsperrung - wie offenbar vermutet - werde es nicht geben. Es bestehe während der Bauphase durchgehend die Möglichkeit, den Knotenpunkt stadtauswärts zu passieren. Im Anschluss erläutert er den Verlauf der während der Bauphase vorgesehenen Umleitungen.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion (vgl. TOP 5.3) und verweist darauf, dass die bereits jetzt verkehrlich sehr belastete Braker Straße ihres Erachtens nicht geeignet sei, den gesamten zu erwartenden Umleitungsverkehr aufzunehmen. Sie halte es daher für zwingend geboten, die Verkehrslast durch die Ausweisung der Grafenheider Straße als Umleitungsstrecke zu verteilen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüther verweist darauf, dass die CDU-Fraktion darum gebeten hatte, den Sachverhalt auf die Tagesordnung zu nehmen, da die Presseberichterstattung den Eindruck vermittelt hatte, dass der Knotenpunkt für mindestens vier Wochen nicht zur Verfügung stehe und während des gesamten Zeitraumes die Umleitungsverkehre über die Braker Straße geleitet werden. Die von Herrn Martin getroffenen Aussagen haben insofern zur Klärung beigetragen. Seines Erachtens stelle sich über die im Antrag der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Umleitungsstrecken hinaus die Frage, inwieweit die Laarer Straße in das Umleitungskonzept eingebunden werden könne.

Herr Martin hat keine Bedenken, auch die Laarerstraße in das Umleitungskonzept einzubeziehen, weist aber darauf hin, dass damit nicht ausgeschlossen werden könne, dass die Verkehrsteilnehmer andere Umleitungsvarianten wählen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass alle Möglichkeiten genutzt werden sollten, um den bereits stark belasteten Stadtteil Brake während der Umleitungsphase verkehrlich zu entlasten.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die Erneuerung des Knotenpunktes wichtig und notwendig sei. Darüber hinaus vertrete er die Auffassung, dass nicht der gesamte Umleitungsverkehr durch den Stadtteil Brake geführt werden sollte. Er rege daher an, den Text des Antrages der SPD-Fraktion dahingehend zu ergänzen, dass auch die Laarer Straße als mögliche Umleitungsstrecke in das Umleitungskonzept einbezogen werde.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stimmt der Ergänzung zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

In das Konzept für die Umleitungsverkehre sind im Bereich Brake neben der Braker Straße auch die Grafenheider Straße und die Laarer Straße einzubeziehen. Dabei können von der Herforder Straße aus die Grafenheider Straße und die Laarer Straße und von der Engerschen Straße aus die Braker Straße und die Laarer Straße als Umleitung ausgewiesen werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie im Stadtgebiet Bielefeld
Einsatz von lärmindernden Asphaltsschichten im Straßenbau

Aktueller Erfahrungsbericht

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2045/2009-2014

Herr Martin erläutert die Informationsvorlage im Überblick und geht dabei im Detail auf die einzelnen Verfahren, ihre Vor- und Nachteile unter jeweiliger Bewertung der baulichen und finanziellen Aspekte und der teilweise bereits vorliegenden Erfahrungswerte ein. Die Fachverwaltung werde künftig auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse in jedem Einzelfall prüfen, welches Verfahren aufgrund der vorliegenden Rahmenbedingungen eingesetzt werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender), aus welchen Gründen die erzielten Lärmreduzierungen bei LKW geringer als bei PKW ausfallen, stellt Herr Martin fest, dass dies vermutlich mit den unterschiedlichen Reifenprofilen in Zusammenhang stehe, er aber keine abschließende Aussage zu dieser Fragestellung treffen könne.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass jede Möglichkeit zur Lärminderung im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger genutzt werden müsse. Der Einsatz lärmindernder Asphalthe könne seines Erachtens dazu beitragen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) fragt, welcher Zeitraum benötigt werde, um abschließend verlässliche Aussagen treffen zu können, welches Verfahren die meisten Vorteile biete.

Herr Martin erläutert, dass diese Frage z. Z. noch nicht zu beantworten sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9 Benennung der Autobahnanschlussstellen im Stadtgebiet Bielefeld nach Freigabe der A 33 bis Abfahrt Ostwestfalendamm

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2054/2009-2014

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die nun gefundene Lösung seinem zu dieser Fragestellung unterbreiteten Vorschlag entspreche. Er rege an, dass die Zielwegweisung der Anschlussstelle „Ostwestfalen-Lippe“ mit dem Zusatz „Bielefeld-Nord“ ergänzt werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt die Benennung der neuen Autobahnanschlussstellen nach Freigabe der A 33 Bauabschnitt 5b auf Bielefelder Stadtgebiet sowie die Umbenennung der bisherigen Anschlüsse im Zuge der A 2 in Stieghorst und Sennestadt zur Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10 Aufstellung von Fahrgastunterständen an Bushaltestellen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2181/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher übergibt die Sitzungsleitung an stellvertretenden Bezirksbürgermeister Rüter und verlässt den Sitzungsraum.

Herr Daube erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung unter Bezugnahme auf die Beratung der Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* am 04.03.2011. Er führt aus, dass - sollten alle in der Beschlussvorlage genannten Standorte tatsächlich realisiert werden - ein Großteil der in der Vergangenheit von der Bezirksvertretung priorisierten Standorte abgearbeitet werde und benennt die Standorte im Einzelnen.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion wird darauf hingewiesen, dass dem Beschlussvorschlag zu entnehmen sei, dass insgesamt 60 neue Fahrgastunterstände in den kommenden 3 Jahren aufgestellt werden sollen. Die gesamte Liste benenne jedoch 90 Standorte. Es sei folglich davon auszugehen, dass die im Beschlussvorschlag genannte Anzahl bereits im Jahr 2013 erreicht werde. Die Bezirksvertretungsmitglieder stimmen vor diesem Hintergrund darin überein, dass nach Erreichung der im Beschlussvorschlag genannten Anzahl von 60 Fahrgastunterständen eine auf das gesamte Stadtgebiet bezogene Neupriorisierung der dann noch verbleibenden Standorte durchzuführen sei und nicht etwa die Abarbeitung in der Ziffernfolge der Anlage 5 erfolgen könne. Zu diesem Zeitpunkt sollten dann auch die in Anlage 6 genannten Standorte im Stadtbezirk Heepen nochmals im Hinblick auf ihre Realisierung überprüft werden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Bezirksvertretung Heepen stimmt dem von der Verwaltung aufgezeigten Verfahren zur Aufstellung von insgesamt 60 neuen Fahrgastunterständen in den kommenden 3 Jahren zu.

Nach Erreichung der Höchstzahl sind die verbleibenden Standorte unter gesamtstädtischen Aspekten zu priorisieren.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11

Herrichtung des Kinderspielplatzes und der öffentlichen Grünfläche einschließlich Fuß- und Radwegeverbindung im Wohngebiet Fischerheide

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2189/2009-2014

Frau Hoffjann (Umweltbetrieb) erläutert die Planung im Überblick und geht dabei auf die zeitlichen, rechtlichen und finanziellen Abhängigkeiten zum Erschließungsvertrag für das Baugebiet Fischerheide Teilfläche A ein.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) fragt, ob die auf Seite 2 genannte Wegeverbindung nicht bereits jetzt hergerichtet werden könne.

Frau Hoffjann erläutert, dass die Fläche zwar im Zuge der Baumaßnahme hergerichtet, aber die Wegeverbindung noch nicht freigegeben werden könne, da sich noch nicht alle Bereiche der Wegefläche im Eigentum der Stadt Bielefeld befinden.

Auf die Frage von Herr Wäschebach, in welcher Form die Anlage zur Stadtbahntrasse hin abgesichert werde, erläutert Frau Hoffjann, dass die Absicherung durch einen entsprechenden Zaun erfolge.

Auf den Hinweis von Herrn Wäschebach, im Bereich der Anlage zwei weitere Bänke aufzustellen, führt Frau Hoffjann aus, dass die Anlage bereits mit 4 Bänken und einem Balancierbalken, der auch als Sitzgelegenheit genutzt werden könne, ausgestattet sei. Aus fachlicher Sicht reiche dies bezogen auf die Größe der Anlage aus. Auf die Aufstellung weiterer Bänke sollte daher aus fachlicher Sicht verzichtet werden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Entwurfsplanung für den Kinderspielplatz und der öffentlichen Grünfläche im Wohngebiet Fischerheide wird entsprechend der Vorlage und dem Entwurf vom 22.02.2011 zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 11 *

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Daube verweist auf die allen Bezirksvertretungsmitgliedern mit Schreiben vom 07.03.2011 überreichte bzw. übersandte aktualisierte Übersicht zum Sachstand zur Umsetzung der Beschlüsse der Bezirksvertretung Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 10.03.2011 - öffentlich - TOP 12 *

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Andreas Rüter
stellv. Bezirksbürgermeister
(TOP 10 – TOP 12)

Herbert Lötzke
Schriftführer